

Wiener Volkspartei schlägt vier Punkte gegen Asylkrise vor!

Die Wiener Volkspartei lädt zur Pressekonferenz am 24. März 2025, um ihren Vier-Punkte-Plan zur Asylpolitik vorzustellen.

Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, Österreich - Am 21. März 2025 lud die Wiener Volkspartei zu einer Pressekonferenz ein, um entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der Asylpolitik in Wien vorzustellen. Der Landesparteibobmann Karl Mahrer und Generalsekretär Nico Marchetti betonten, dass die Stadt Wien jetzt gefordert sei, die ergriffenen Chancen der neuen Bundesregierung zu nutzen. Die Pressekonferenz findet am Montag, den 24. März, um 09:30 Uhr in der Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, statt, und alle Medienvertreter sind willkommen.

Inmitten eines politischen Streits über die hohen Asylquoten in Wien stellte die Wiener Volkspartei einen Vier-Punkte-Plan vor. Die ÖVP sieht die derzeitige Situation als „hausgemacht“ an und fordert von der Stadt, ihre Verantwortung nicht abzuschieben. Mahrer äußerte, dass der Anstieg der geflüchteten Menschen, einschließlich vieler schulpflichtiger Kinder, zusätzlichen Druck auf die Bildungseinrichtungen ausübt. Die politischen Spannungen zwischen den Stadtparteien und dem Bund scheinen zu wachsen, während Maßnahmen wie die Einrichtung von Containerklassen bereits getroffen wurden, um die Situation schnell zu entschärfen. Laut **MeinBezirk.at** seien unter anderem finanzielle Sonderleistungen ein Hauptgrund dafür, dass Wien als Sozialmagnet gälte.

Die Forderungen der ÖVP

Im Detail umfasst der Vorschlag der ÖVP vier wesentliche Forderungen. Erstens solle eine viermonatige Wartezeit nach Erhalt eines positiven Asylbescheids vor der Auszahlung der Mindestsicherung eingeführt werden, um den Migrationstrend zu bremsen. Darüber hinaus soll es in Wien keine zusätzlichen Zahlungen der Grundversorgung auf das Niveau der Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte geben. Drittens wird eine Staffelung der Mindestsicherung für Familien angestrebt, wobei Zahlungen ab dem zweiten Kind verringert werden sollen. Schließlich fordert die ÖVP, dass die Grundversorgungsquote transparent veröffentlicht wird, um eine effektive Diskussion zu ermöglichen. Laut **APA-OTS** werde die Integrationsstadträtin, Christoph Wiederkehr, für die unzureichende Vorbereitung auf die aktuelle Situation verantwortlich gemacht.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.meinbezirk.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at